

stehe doch noch nicht fest, was geschehen solle, wenn das Gegentheil eintrete u. s. w.

Hierauf nimmt Dr. v. der Decken das Wort. Der vorige Herrner habe sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Reform auf dem Wege der Revolution, und nicht auf friedlichem Wege errungen sei. Er meine, Deutschland habe allerdings der Revolution nicht bedurft, es sei besonders Preußen auf dem Wege der Reform in den letzten Jahren weit vorgeschritten; die Revolution sei von Frankreich ausgegangen und habe sich von da zu uns verbreitet. Sie habe uns den Vortheil gebracht, daß das Gute ganz und schnell geschehen, und eine radicale Heilung vor sich gegangen. Ohne sie würde doch noch manches beim Alten geblieben sein, z. B. die Privilegien der höhern Stände, der Bureaokratienstolz u. s. w., allerdings sei das scharfe, zuweilen brutale Auftreten mancher Mitglieder der Linken in den Versammlungen zu Berlin und Frankfurt zu beklagen, aber auch dieß habe sein Gutes, indem dadurch allen Mitgliedern der Rechten die Bedeutung der neuen Zeit, in welcher jeder gleiche Rechte in Anspruch nehmen kann, vollständig klar werde. Es sei gut, daß das Alte zertrümmert sei, denn die Reaktion sei dadurch unmöglich geworden. Man fürchte zwar bei solchen Erscheinungen den Ausbruch der Anarchie, allein mit Unrecht, die Deutschen überstürzten sich nicht, wie die Franzosen. Durch das starke Hervortreten der Parteien würden sich nur die scharfen Gegensätze immer mehr abgleiten.

Dr. Wichura besetzt die Tribüne, und geht auf die Ansicht des ersten Redners zurück, daß nämlich vor allem andern eine Verfassung gegeben werden müsse, und die Thätigkeit der Deputirten vor allem andern auf diese zu richten sei. Der Redner meint, daß manche Gesetze schon jetzt dringendes Bedürfnis seien, zum Beispiel ein Gesetz über die Pressefreiheit, die Bürgerwehr u. s. w. Wenn nun erst die Verfassung gegeben und der Krone ihr Veto zugesichert sei, dann könne der Fall eintreten, daß diese nothwendigen Gesetze durch das Veto der Krone auf Jahre lang hinausgeschoben werden und wir daher Jahre lang ohne Gesetze seien.

Präsident Wengel erwidert hierauf, daß vom Standpunkte der Theorie aus die Sache allerdings so erscheinen könne, vom praktischen Standpunkte aus schwänden diese Besorgnisse, denn gerade die Regierung habe das größte Interesse, daß die Gesetze zu Stande kämen, wie dieß die angeführten Beispiele mit der Pressefreiheit u. s. w. beweisen. Niemand käme z. B. bei Preßvergehen in größere Verlegenheit, als der Staat, der darüber urtheilen soll, während das vorhandene Gesetz durchaus nicht ausreiche, um einen Richterspruch im Sinne der neuen Zeit zu fällen. Die Regierung selbst werde gewiß alles aufbieten, daß die neuen Gesetze erscheinen, sobald nur das Grund-

gesetz da sei, aus welchem diese sich organisch zu entwickeln im Stande wären.

Es wurde zuletzt noch der Fragekasten geöffnet. Die erste Frage war persönlicher Natur und wurde leicht beseitigt. Eine zweite Frage war, ob es nicht wünschenswerth sei, daß zur Wahl in den Vorstand die absolute Majorität der Stimmen erfordert, und somit eine Aenderung des Statuts nöthig werde. Da ein Antrag zur Abänderung des Statuts erst durch 10 Mitglieder unterstützt sein muß, wenn er zur Berücksichtigung kommen soll, so wurde vom Ordner die desfallsige Frage gestellt. Der Antrag wurde nicht unterstützt, weshalb er als beseitigt zu betrachten ist. Dr. Wichura meint, daß jener Antrag wahrscheinlich auf seine Person gerichtet sei, da er nicht absolute Stimmenmajorität bei der Wahl in den Vorstand gehabt, er wolle daher aus dem Vorstande austreten, wenn die Versammlung ihn nicht mit absoluter Majorität wieder wähle. Der Ordner erwidert, daß die Wahl gültig vollzogen sei und eine neue Abstimmung nicht stattfinden könne, worin ihm Superintendent Redlich beistimmt. Auch könne aus dem Umstande, daß ein Mitglied des Vorstandes nicht mit absoluter Majorität gewählt sei, nur da, wo über ein einzelnes Individuum abgestimmt würde, der Schluß gezogen werden, daß die Zustimmung der Majorität der Versammlung nicht vorhanden sei, nicht aber in dem Falle, wo jedes Mitglied der Versammlung Gegenstand der Wahl sein könne. Er bittet daher den Antragsteller seinen Antrag zurück zunehmen, was auch geschieht. Endlich wird noch die Frage aus dem Kasten gezogen, ob durch Brentanos Aeußerung in der Reichsversammlung zu Frankfurt über den Prinzen von Preußen, sich der preussische Volksstamm verletzt fühlen könne?

Präsident Wengel meint, daß die preussischen Deputirten bei der Reichsversammlung die rechtmäßigen Vertreter des preussischen Volksstammes seien, und daß man daher vom rechtlichen Standpunkte aus ihre Erklärung als die des ganzen Volkes ansehen könne und müsse. Frage man nach dem Grunde dieser Erklärung, so scheint es dieser zu sein, daß in einem constitutionellen Staate die Krone ihre Souveränität mit dem Volke theile und mit diesem in einem so innigen Verhältnisse stehe, daß jede Beleidigung des Kroninhabers oder Thronfolgers auch schmerzlich vom Volke empfunden werde. Die Sitzung schloß um 10 Uhr, nachdem noch die Eingänge aus Frankfurt angezeigt worden waren.

## Der Vorstand.

### Polizeiliche Bekanntmachung.

Ein weißleines Schnupftuch, gezeichnet K. B. 6 ist am 18. d. in der Nähe der Hirtischen Buchhandlung, eine rothwol-